

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

58. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbefehlsgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Samstag. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 20. Januar 1920

Einzelnenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkts- und Todesanzeigen 20 Pf., die fünfgepaltenen Zelle; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 60 Pf. die Zelle. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 8

Falsche und richtige Methoden

VI. Die Buchdrucker imitten der sozialen Revolution

Es wird in wenig überdachter Weise manchmal in Verfammlungen gelagt oder wohl auch im Verbandsorgan geschrieben, der Helfer von der Seiten Anwalt auf das Organisationsleben sei in dem zu beklagenden Maße hauptsächlich als Ausdruck mangelnder gewerkschaftlicher Erziehung anzusehen; eine bessere Methode in der gewerkschaftlichen Erziehungsarbeit müsse Platz greifen. Derartige Sophismen zeugen sonderlich dann von mangelhafter Überlegungskraft, wenn sie in Verfammlungen aufgestellt werden, deren gewerkschaftlicher Charakter in Frage gestellt ist durch weniger oder mehr droperle moderne parteipolitische Klappfischerereien, die wegen ihrer immer noch zunehmenden Schärferungen erst zum Verderbnisse werden, wo sie sich breitmachen könnten. Aber auch dann ist die Methode falsch, von Unterlassungsünden in erzieherischer Richtung zu sprechen, wenn Verfammlungsredner durch alle möglichen Witten — auch nach der Seite des kollektiven Anstandes hin — ein schlechtes Beispiel für diejenigen geben, die da glauben, aus den Zusammenkünften und Beratungen der Berufs- und Gewerkschaftsge nossen dem geistigen Haushalt ebenfalls eine Aufbesserung mitbringen zu können.

Zugabe ist jedoch die Notwendigkeit planmäßiger Nachholung in der gewerkschaftlichen Durchbildung. Wir sind im allgemeinen seit dem Antrittspunkt August 1914 stehen geblieben. Wo die fachtechnische Bildungsarbeit sich zu kritischer Bildungsbewusstheit für die kollektive Allgemeinheit erweitert hat und damit auch in methodischer Weise den jetzt für die Arbeiterklasse näher rüdenden Aufgaben im Produktionsprozess genügt wird, da ist ein außerordentliches genommen worden. Selten jedoch erst wird das zutreffen. Wie aber z. B. Leipzig zeigt, kann hierdurch auch eine bedauerliche Zwiespältigkeit eintreten. Die als eine Einrichtung des Gaus wirkende Bildungsgemeinschaft kann auf musterghiltige Einkerbung Anspruch erheben und würde in Verbindung mit dem gleichfalls ein wirklich nachahmenswertes Beispiel gebenden fachtechnischen Bildungsweisen der Leipziger Kollegenchaft allgemein hohe Anerkennung eintragen, wenn sich nicht auf rein gewerkschaftlichem Gebiet ein um so schrofferer Gegensatz herausgebildet hätte. Nicht mit der das Verfammlungsleben beherrschenden oppositionellen Strömung an sich ist dieser eminent weite Abstand zu erklären, auch nicht aus den unfehlbaren Zeitverhältnissen heraus, denn dann müßte doch ein jeder von der Tarantel revolutionärer Auflehnung gegen alles (außer sich selbst) gefochten sein, sondern ihre Wirkung gibt einen so großen Unterschied ab, daß man häufig von Zweifeln befallen wird, ob denn wirklich an einem und demselben Orte Vernunft und Unvernunft in so starker Ausprägung nebeneinander einhergehen können.

Jedenfalls ist die richtige Methode noch nicht überall gefunden. Sicherlich aber ist der Buchdrucker nicht ein schneller Umlerner, der jede Minutenmode mitmacht und für jede Zerpfitterung sich die Stiefelsohle abkaut, wenn auch für eine jede Dummheit immer ein paar Buchdrucker bereit sein werden, sich ein Bein auszureißen.

Eine wenig beachtete Gelegenheit zur Abgabe des Werturteils, ob die Buchdrucker an sich indifferent der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung gegenüberstehen, oder ob sie als unklare Masse einem jeden Raketenfänger folgen, oder ob sie als Selbstdenker in der scharfen Strömung der ungeborenen Ereignisse einen sicheren Kurs zu halten suchen, bietet das Jahresinhaltsverzeichnis des „Korr.“. Vor kurzem ist es wieder ausgegeben worden. Man nehme es zur Hand, es wird sich eine überraschend große Fülle von behandelten Fragen, Aufgaben und Vorgängen ergeben. Nach Tagesbedeutung gewertet oder in systematischer Bearbeitung zeigt da das so ereignisvolle Jahr 1919 vorüber. Was besagen nicht schon die Überschriften, die Haupt- und die Unterüberschriften? Wenn das alles gewogen würde, wird auch das Gewende von der mangelnden gewerkschaftlichen Erziehung zu ver-

kommen haben, soweit der „Korr.“ hierfür in Betracht kommen kann.

Ein aufmerksamer Leser des „Korr.“ wird nicht von der Schwachheit vieler Zeitgenossen befallen sein, die im Erlebnis der revolutionären Bewegung keinen Kalt mehr finden, die bei jeder Offensive der Phrase hilflos umhergeworfen werden. Die gewerkschaftliche Erziehung geht ihm nicht in dem Maße ab, als es die vielleicht lange Entziehung aus Beruf und Gewerkschaft hätte mit sich bringen können. Der auch dem Verbandsorgan gegenüber objektiv kritische, aber ehrliche Leser wird seiner nicht zu den gewerkschaftlichen oder den politischen Indifferenzen zählen, andererseits kein fauliches Objekt für jeden Stimpelgang von Amalusionspolitikern abgeben und in den Verfammlungen nicht zu den lauten Elementen zählen, die in jeder Phrase eine höhere Weisheit erblicken.

Die richtigen „Korr.“-Leser werden, das sind wir gewiß, im Erlebnis der sozialen Revolution ihren Kollektivpunkt immer finden und unter Verharmung von äußerlichem Radikalismus, von Terrorismus, Diktatur und Egoismus aus dem Chaos heraus und zu planmäßigem Übergange von der Privat- zur Gemeinwirtschaft drängen.

VII. Der „Korr.“ im Wirbel der Tariffrage und Erfordernisse

Der Hinweis im vorstehenden Abschnitt auf das Inhaltsverzeichnis als Beurteilungsunterlage, ob Falsch und Richtig in einer annehmbaren Wechselbeziehung zueinander stehen beim Verbandsorgan, denn nur das eine oder nur das andre ist unmöglich, bedarf natürlich einiger Erläuterungen. Die Fülle der Artikel und die ansehnliche Zahl von dreizehn Artikelrubriken weisen es schon aus, daß im „Korr.“ keine geistige Ebbe herrscht. Die auch bei den größten Gewerkschaften nicht erreichbare Häufigkeit der Verfammlungs- und sonstigen örtlichen Berichte spiegelt ein sehr reges Organisationsleben wider. Die „Rundschau“ veranerkantlich Vielseitigkeit. Durch Artikelserien über zusammenhängende Themen und Fragen, oft nur in loser Skizzenform gehalten, wird Raumökonomie bis zum äußersten getrieben, denn Einzelartikel dafür könnten das Platzelend nur vergrößern. Durch das Inhaltsverzeichnis wird auch über sie eine allen Anforderungen schneller Auffindbarkeit gerecht werdende Übersicht geboten. Das Jahresinhaltsverzeichnis ist zugleich ein sicherer Gradmesser für die Mannigfaltigkeit des „Korr.“ einmal, zum andern aber auch für den methodischen Aufbau. An sich könnte bei dem gegen die Friedenszeit beträchtlich eingeschränkten und für längere Zeit auch noch nicht zu erweiternden Umfang gar nicht mehr verlangt werden. Und doch muß es sein; es muß noch mehr Systematik aufzubringen sein, indem diese oder jene Materien zurückgedrängt, andre dafür besser gepflegt und neue aufgenommen werden. Dann könnte die gewerkschaftliche Erziehungsarbeit auch von der Redaktion mehr Förderung finden, deren Bestreben sowie nach größerer Abgewogenheit des Inhalts geht.

Der Leser wird kurz angebunden sagen: Nur zu Redaktion, was hindert dich daran, unser Organ zu vertiefen und beherrschender zu gestalten! Darauf unsere Antwort: Durch die Ereignisse seit 1914 und dann durch den Eintritt der politischen mit der nachfolgenden sozialen Revolution im Vereine mit dem wirtschaftlichen Niederbrüche Deutschlands ist der „Korr.“ mit Tagesaufgaben überlastet, ist ihm förmlich der Stempel einer Tageszeitung aufgedrückt worden, hat sich ein Hofen und Jagen eingestellt und wird dem Verbandsorgan hauptsächlich durch die materielle Not eine Einseitigkeit aufgenötigt, die methodisches Arbeiten immer mehr erschwert, zumal wir durch die Papierkontingentierung an sich und durch die Gegenlosigkeit zwischen Kohlennot und Papiernot verhindert sind, in räumlicher Erweiterung einen Ausgleich zu suchen. Vergewenwürdig man sich die durch die Generalversammlung und die Tarifrevision in diesem Jahre noch viel größer werdenden Raumanprüche, dann verzagt auch routinierter Überwindungsmut.

Wir müssen beiseiten darüber deutlich reden, da alle Notkreise nur verhältnismäßig wenige von sich aus zur

Raumbeschränkung veranlaßt haben. Im Jahre 1919 hatte der „Korr.“ 720 Seiten Umfang oder 4 $\frac{1}{10}$ pro Nummer. Das ist zwar gegen 1918 beinahe eine Seite für jede Nummer mehr, aber gegen 1913, das letzte Friedensjahr, noch fast zwei Seiten weniger. Es bedarf gar keiner Frage, daß die Erfordernisse der Zeit seitlich entschieden größere sind, als sie vor sieben Jahren für den „Korr.“ bestanden. Was im vergangenen Jahr auf dem engen Raume von 4 $\frac{1}{10}$ Seiten möglich gemacht worden ist, ergibt folgender Überblick: Artikel der Redaktion und von ständigen Mitarbeitern 312 (1918: 294), eingelangte Artikel 316 (142), Korrespondenzen 1214 (817). Was aus Kollegenzellen gekommen ist, hat also Vermehrung um 571 erfahren; das ist gewiß viel. Hätte die Redaktion nicht den Ausweg mit den Artikelserien gefunden, wäre der Posten von 312 auch weit größer geworden. Dazu kommt eine respektable Zunahme bei den Bekanntmachungen, namentlich von solchen des Tarifamts. Wenn man nun erwägt, daß wir jedenfalls in diesem Jahre nicht wieder auf 720 Seiten kommen dürfen, daß aber trotzdem die Generalversammlung und die Tarifrevision bewilligt werden müssen, so sind andre Methoden in der Raumbeschränkung unbedingt geboten.

Wenn uns Joseph ein Artikel von 27 Blatt zugegangen ist, so fragt man sich doch, was sich dessen Verfasser dabei eigentlich gedacht hat. Auf den in dieser Nummer zum Ausdruck gelangenden, schon im vergangenen Jahr eingelangten Aufsatz des Kollegen Gabben trifft das gleiche zu; mit ungefähr der Hälfte des Umfanges hätte es auch geben müssen. Wer so ausschweifend schreibt, handelt abern gegenüber egoistisch.

Der Schwerpunkt liegt jedoch bei dem immer noch zu großen Umfang vieler Korrespondenzen — bei wirklich wichtigen Anlässen lassen wir ebenso wie bei Artikeln von außerordentlicher Begeisterung selbstverständlich ein Mehr zu — und in den allzu vielen Feuerungsulagenartikeln. Was sich in dieser Beziehung im „Korr.“ darbietet, hat in der gesamten Gewerkschaftspresse nicht entfernt Seltenheitswerte. Vor der Tarifabschlussung im Februar erschienen 10 Artikel von zusammen 2066 Zeilen, nachher 6: 1228; vor der Metalltagung 21: 2173, nachdem 4: 1256; vor der Augusttagung 28: 2543, nachher 29: 3635; vor der Dezembertagung 45: 2037, nachdem 5 mit 1911 Zeilen Umfang. Die Beschlusprotokolle sind nie mildegefallen, da es amtliche Veröffentlichungen sind. Im Jahre 1919 waren es also 148 Artikel von 17449 Zeilen Umfang, die allein für diese Zwecke gebracht worden sind. Es befinden sich darunter 30 Verhandlungen ganz unterschiedlicher Größe von der Redaktion; überwiegend Artikel nach den Tarifabschlüssen, um diese zu erläutern. Die frühere Zurückhaltung vor den Tagungen hat man verschiedentlich kritisiert, so daß auch darin dann mehr geschehen ist; um nicht ins Meerlose zu geraten, mußte aber fastwieslich eingegriffen werden. Die eingelangten Artikel waren zum Teil raumbescheiden, aber der Andrang wurde immer größer, so daß wir zur Dezembertagung nur noch Auszüge vom Wichtigsten des Inhalts brachten. Rechnet man für jede Nummer durchschnittlich 450 Zeilen zulässigen Raum für Artikel, so hätten die Leser rundum ein Vierteljahr von 1919 ausschließlich solche Artikel zu lesen bekommen, d. h. noch ohne die Beschlusprotokolle!

Un nicht ganz gleich so starkem Maße, aber doch sehr erheblich wird auch der Korrespondenzteil belastet von dem Vor und Nach der Feuerungsulagenbewegungen. Die Zeit, wo nur aller fünf Jahre einmal bei un begrenzten Raumverhältnissen über eine Tarifrevision diskutiert zu werden brauchte, waren ideal gegen den Zustand mit vier lebhaften Aktionen in einem Jahre bei so wenig Papier. Wo das hinführt, hat man im Dezember gesehen, als mit den Stellungnahmen zur Augusttagung des Tarifabschlusses von uns einfach Schluß gemacht wurde, weil die Dezember tagung begann. Der Verband besteht aber heute noch! Während bei den größeren Mitgliedschaften mehr Zurückhaltung im Berichten und Beurteilen über solche Anlässe wachzunehmen ist, gelangen die kleineren in beiderlei Richtung zu verkehrteren Methoden. Nach dem 13. De-

zember ist es ja besser geworden, aber man kann doch noch sein blaues Wunder erleben. Wenn man in die graphischen Gewerkschaftsbücher Einblick nimmt, wo doch bei gleichen oder etwas ungünstigeren Verhältnissen sich das selbe Bild bieten müßte, so ergibt sich angenehme Enttäuschung. Es geht dort aber auch, und geht jedenfalls so besser, als wenn bei uns gerade in kleineren Mittelebenen alles mögliche herausgeholt wird. Diesmal, bei immerhin schwächerem ärztlichen Bedürfnisse, bildete die eine Behauptung, daß die Provinzialkollegen wieder schlechter fortgekommen seien, den „Höhepunkt“.

Durch die von den Teuerungszulagenbewegungen hervorgehende Unflexibilität im „Korr.“ mit nachfolgender außerordentlicher Ansammlung von Artikeln und Korrespondenzen sind wir „glücklich“ dahin gekommen, daß zwischen der vorigen und der vorliegenden Nummer die Verfassungen und örtlichen Berichte sich auf 99 (neunundneunzig) angehäuft hatten. Ein solcher Fall ist noch nicht dagewesen. Welche Verdrüßlichkeiten da aus dem Liegenbleiben von Veröffentlichungen aller Art, sogar von Bekanntmachungen, oder dem Vornehmen unbestritten eiliger Ermachen, ist gar nicht zu sagen. Manche Einsender haben für die Schwierigkeiten der Redaktion keinerlei Verständnis. Wir sollen auf viel geringerem Raume weit größeren Ansprüchen genügen. Da muß eben die Selbsthilfe noch energischer werden.

Die stärkere Methode aus Zwangsausgleich für uns soll nun so gehandhabt werden: Nach Teuerungszulagenbewegungen sind, wenn nicht ungewöhnliche Verhältnisse es einmal anders bedingen, Artikel von Einzelkollegen entbehrlich, da das in den Mitgliedschaftsverfassungen gefällte Urteil als kompetent zu betrachten ist. Dieses braucht nicht überflüssig zu werden, namentlich von kleineren Orten nicht, wo mündliche Berichterstattung sich kaum ermöglichen läßt; man warte die informierenden Artikel des „Korr.“ ab, um dann ein abgeklärteres Bild zu haben. Diesmal waren bis vor einigen Tagen nur zwei Einfendungen zu verzeichnen; einige hinzugekommene Beiträge sich mehr mit späteren Dingen. Vielen geht jedoch die umfassende Lokalausgleichsregelung voraus. Auch zu der von der Zentralarbeitsgemeinschaft auf die einzelnen Reichsarbeitsgemeinschaften übergehenden Vornahme eines Ausgleiches für die neuen „Teuerungszulagen“ an die Landwirtschaft braucht nicht extra artikelhaft zu werden. In der Reichsarbeitsgemeinschaft für das Papierfach sind Verhandlungen darüber im Gange. Die Gewerkschaftsvertreter in derselben werden alles tun, was sich bei dieser etwas eigenartigen Methode erzielen läßt. Wir machen darüber im „Briefkasten“ der Nr. 5 einige Bemerkungen. Man warte also einmal ab, was herauskommt. Aber die Notwendigkeit einer weiteren Erhöhung unserer Teuerungszulagen braucht an sich nichts im „Korr.“ geschrieben zu werden. Was sich denn noch notwendig machen wird, werden wir einzuweisen sammeln und im gegebenen Moment mehr als bisher unter dem Gesichtspunkte der Qualität und Durchschlagskraft ausgiebig behandeln. Aus den Versammlungsberichten muß jeder Ballast hinaus (man nehme sich den erbitterten Drucker Berlin zum Vorbild); Resolutionen können lediglich in besonders wichtigen Fällen gedruckt werden, sind in der Regel nur anzudeuten. Bei den Aufnahmebesuchen könnte auch eine andre Sandhabung Platz greifen. Die Veröffentlichung schon jahrelang an einem Orte tätiger wie die von neuausgewählten Kollegen ist doch Raumverschwendung; die Vereinamteilungen oder -archivare sind dafür die geeigneteren Publikationsstelle. Ohne mit einer guten Tradition aufzuräumen zu wollen, müssen wir dennoch kürzere Fassung der Jubiläumswort verlangen. Im allgemeinen werden wir den Inhalt des Verbandsorgans nach Materien noch einheitlicher zu gestalten suchen; das Zurückstellen von Einsendungen zu diesem Zweck bringt keinen Schaden.

Das Jahr 1920 bereitet uns viel und schwere Arbeit, schon liegen Generalversammlungsartikel vor. Wer da will, daß das Verbandsorgan vom Wirbel der Details und Erfordernisse nicht überannt wird, und wer nicht will, daß der „Korr.“ an Unflexibilität einbüßt, der unterstütze uns bei Durchführung einer sich als unbedingt notwendig erweisenden Methode. Die Leser haben nur Wortel davon, und wenn wir dann mehr auf Verlesung halten könnten, ist auch die Organisation Anhaltspunkt dabei.

Aus dem Organisations- und Berufsleben im graphischen Gewerbe

Protest des Graphischen Bundes an die Nationalversammlung in Sachen § 35a des Betriebsrätegesetzes
Die im Graphischen Bundes veranlaßten unterzeichneten Organisationen legen entscheidende Verwahrung ein gegen den auf Betreiben der Unternehmer in der Sozialen Kommission angenommenen § 35a des Betriebsrätegesetzes, der bei seinem Inkrafttreten dazu führen würde, daß die durch Reichsgesetz einzuführenden Betriebsräte für die Zeitungsbetriebe in ihren wichtigsten Funktionen unwirksam gemacht oder überhaupt ausgeschaltet würden.

Die Interzelektoren sind der Ansicht, daß die Betriebsräte auch für die Zeitungsbetriebe in dem gesetzlichen Umfang ihre Tätigkeit ausüben können und im Interesse der Betriebsarbeiterschaft auch ausüben müssen.

Daß die Betriebsräte keine Handlungen unternehmen dürfen, die mit der Pressefreiheit unvereinbar sind oder geeignet sein können, das Redaktionsgeheimnis zu gefährden, halten wir für eine Selbstverständlichkeit. Die Möglichkeit eines Mißbrauchs der im Betriebsrätegesetz den Arbeitern eingeräumten Rechte darf aber nicht zur Ausschaltung eines großen und wichtigen Teiles der Arbeiterschaft von diesen Rechten führen.

Die Aufrechterhaltung des § 35a würde die Arbeiterschaft in den Zeitungsbetrieben zu einer Kampfstellung gegen das ganze Betriebsrätegesetz zwingen, was sicherlich nicht im Interesse einer geordneten Entwicklung unserer inneren Verhältnisse liegen würde.

Aus diesen Erwägungen bitten die Interzelektoren die Nationalversammlung dringend, den nachträglich in den Entwurf eingetragenen § 35a nicht Gesetz werden zu lassen.

Verband der Deutschen Buchdrucker.

Verband der Lithographen und Steindrucker.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands.

Verband der Buch- und Steindruckereiarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Bei der Einreichung dieses energisch gehaltenen Protestes wurden in Betracht kommende Stellen noch mittels Besetzungsschreiben über die Sachlage aufgeklärt.

Vom Graphischen Bunde

Zur Betriebsrätekommission haben auch einige Graphische Kartelle erfreulichweise entschieden Stellung genommen und von der Nationalversammlung Ablehnung der bei dem bekannten Kompromiß herausgekommenen Beschlüsse für die Arbeiterschaft des graphischen Gewerbes verlangt.

Die Wahlwilder Betriebsräte suchen gegenwärtig linksunabhängig-kommunistische Vertreter des „reinen Rätesystems“ durchzusetzen. Bekannte „Größen“ belorgen als Berufs- und Betriebsfremde dies aller Demokratie hochsprachende Geschäft und veruchen diese Methode Anhänger und Gegner der Rätediktatur aufzuzwingen. Das Betriebsrätegesetz selbst sabotieren sie, irreführendes „Recht“ wollen sie aber ihren Standpunkt rücksichtslos durchdrücken. Die Arbeiter in den graphischen Betrieben, die noch eine eigene Meinung haben, werden diesem Beginnen entgegenzutreten. Nach Absatz d des Punktes II der Satzungen für die Graphischen Kartelle (siehe Nr. 136 v. J.) ist die gegenseitige Verständigung zwischen den Vorständen der graphischen Organisationen am Ort auch bei der Aufstellung von Kandidaten und bei der Vornahme der Wahl zu den Betriebsräten, Wirtschaftsräten usw. geboten; die mehr oder weniger gewerkschaftselbstlichen Rätekonzepte haben aber dabei nichts zu suchen. Es werden von der Regierung für die Vornahme der Wahlen noch Bestimmungen erlassen. Der Graphische Bund wird vielleicht an die graphischen Kartelle eine besondere Aufforderung zum Zusammengehen richten. Dann mögen die Grundzüge der Demokratie entscheiden. Für ein geordnetes Verhältnis der Gewerkschaften, Vorstände und Betriebsräte im graphischen Gewerbe haben wir schon vor dem plädiert.

Einen Wankstrahl gegen den Graphischen Bund und gegen die Graphischen Kartelle hat als Neujahrsgruß der graphische Rätevorsitz Paul Böttcher in Leipzig gerichtet, wozu alle Haupt- und Nebenglieder, großen und kleinen Schlagwort, Schläfen und krummen Vorderungen der allein richtiggehenden Rätebewegung herhalten mußten. Es ist eine köstliche Probe des „schönen und geistigen Kampfes der Geister“, von dem der Kollege Gabben in seinem Artikel aufeinander ganz fallachenszend spricht. Die Sanktionierung des Graphischen Bundes durch die Gauvorsitzerkonferenz des Verbandes im Dezember hat es Böttcher angefallen. Die Mitgliebschaften hätten nicht das kleinste Mitbestimmungsrecht dabei gehabt, der Graphische Bund sei geblieben, das „Organisationsanbahnung zwischen den Herren Selb, So(ah), Kavellen und Bucher ist eine brutale Vergewaltigung und zugleich böhmische Bräuterei der Gewerkschaftsmittler“. Ein Leipziger Kollege hat jetzt über den Kollegen Böttcher einen Artikel in den „Korr.“ bringen wollen, um (kurz gefaßt) von diesem viersährigen, jungen Manne zu behaupten, er verleihe überhaupt blutwenig von Beruf, Gewerbe und Verband. Zum Militär eingezogen, sei bald der Krieg gekommen, vorher wäre er in der Jugendbewegung ausgefallen. Mit den dazu gehörigen Ausschuldungen würde das ein ganz nettes Porträt von dem schändlichen Morgenstern Böttcher gegeben haben. Wir lehnten jedoch dankend ab, haben den Raum des „Korr.“ zu Besseren notwendig und wollen deshalb noch kürzer nur sagen, daß bei Böttcher auch die parteigegenwärtige Durchbildung nicht weit her ist, indem ihm und den verehrlichen Lesern von auf dem andern Beispiel stehenden Redaktionskollegen in der „Leipziger Volkszeitung“ schon laßige Schlichter vor Augen gehalten worden sind. Auf der Räteversammlung und in Generalversammlungen ist er jedoch heimlich und als Sandpferd für den von seiner eignen Parteistellung in Leipzig durch ein Wohlmarkular leit Jännerlich biographischen Generalstreik „Selben“ Dr. Kurt Geyer brauchbar. Eine solche Vorfindung und Verheimlichung ist für jemanden ja etwas wert. Es gibt aber auch Leute, die trotz des oberflächlichen Phrasenschwallers heutzutage noch alle Funktionen richtig ausüben haben. Die wissen noch, daß am 23. September im „Korr.“ wirklich der auf dem Buchdrucker

in Würzburg einstimmig — also auch mit der Opposition! — angenommene Antrag Hannover zu lesen fand, dessen fast buchstabengetreue Ausführung zur Gründung des Graphischen Bundes geführt hat. Dieser ist kurz vor unserer Gauvorsitzerkonferenz auch von der Generalversammlung des Verbandes der Lithographen und Stein-drucker aufgegeben worden, und er wird die Generalversammlungen der Buchdrucker wie der Hilfsarbeiter ebenfalls noch beschäftigen. Trotz der Konzentrationsbemühungen auf Unternehmensebene, die kein Zuwarten bis zum Stillfinden aller Verbandstage gestatten, ist also eine ganz legale Entwicklung des Graphischen Bundes zu konstatieren. „Die Massen sind nur Objekt“, trifft aber zu auf alle illegalen Machenschaften und Gründungen wie Graphischer Industrieverband auf der Grundlage des Betriebsrätegesetzes, Zentralstelle der Betriebsräte usw. Die Diktatur einiger „revolutionärer“ Menschen ist allein bestimmend, ein „Konzilium der Oberbönen“ im Zeichen des Radikalismus regiert selbstherrlich. Der Graphische Bund kann die von dieser Seite kommenden Schmädhungen ertragen, der „revolutionäre“ Balfard zeigt sich gar zu unebenbürtig.

Ein ganz anderes Urteil über die Gründung des Graphischen Bundes fällt das radikalste Gewerkschaftsorgan: die „Metallarbeiterzeitung“. In ihrer Nummer vom 3. Januar gibt sie ohne auch nur den leisesten Anhalt an die Böttcherischen Verleumdungen den Zweck, die Aufgaben und den Aufbau des Graphischen Bundes ihren Lesern bekannt und begrüßt diesen förmlich mit den Worten: „Einen Schritt vorwärts bedeutet die Gründung des Graphischen Bundes; möge diesem ersten Schritte die endgültige Verschmelzung bald folgen.“ Das klingt sehr verständig, erfolgt in dem Graphischen Bund keine „Hierarchie der Oberbönen“ und widerlegt ähnliches Angstgeschwafel der Böttcherischen „Konkurrenz“.

Fortsetzungen in der Gründung von Graphischen Kartellen belegen die eingehenden Versammlungsberichte und örtlichen Mitteilungen. Es ist jedoch notwendig, daß in allen Druckerorten, wo nur irgendwie die Möglichkeit zum Zusammenhelfen der graphischen Arbeiterschaft gegeben ist, auch Graphische Kartelle als untere Organe des Graphischen Bundes errichtet werden auf Grundlage der in Nr. 136 v. J. abgedruckten Normalvorschriften. Man richte sich in allem Geschäftsmäßigen genau danach und lorge für einen guten Geist bei diesem Zusammenarbeiten, das, um mit der Berliner „Freiheit“ zu reden, lediglich von „genetrisch orientierter Mißbilligung“ bestimmt sein darf. Die Buchdrucker sollten der anregende Teil sein, wo der Graphische Bund noch keine Niederlassung gefunden hat.

Ein christlicher Graphischer Industrieverband

Aller (guten) Dinge sind drei. Dem Graphischen Bunde der freien graphischen Gewerkschaften und dem Graphischen Industrieverbande graphischer Gewerkschaftler mit dem revolutionären Rätegeist ist am 1. Januar 1920 die Kopierung eines Zusammenhelfens auf christlich-gewerkschaftlicher Grundlage gelang. Der Gutenbergsbund und der noch schwächere christliche Graphische Zentralverband sind hier die nicht allzu solenten Gesellschaften. Die „Graphischen Stimmen“ haben in Verfolg dessen das neue Gewand des „Exp.“ angenommen und werden nun mit diesem zusammen in Berlin hergestellt.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Altenburg. Am 19. Dezember hatten sich die Kollegen recht zahlreich zur Feier des 50jährigen Berufsjubiläum des Kollegen Emil Siller, seit einem Menschenalter in der Pörscher Hofbuchdruckerei beschäftigt, eingefunden. Bei dieser Gelegenheit gab der Vorstehende Bericht von der Bezirksvorsitzerkonferenz in Weimar und streifte dabei Gauvorsitzerkonferenz und Tarifausgleichung. Zwecks Aussprache darüber fand am 21. Dezember eine Versammlung statt. Die Tätigkeit der Beihilfenvertreter wurde allgemein anerkannt, das unzulässige Verhältnis unserer Prinzipale für die ungemessen große Hof der Beihilfen scharf verurteilt, ebenso die Festlegung des 31. März, welche Empörung herrscht über die beabsichtigte Ausschaltung der Buchdrucker vom Betriebsrätegesetz. Eine scharfe Resolution wurde angenommen; diese soll unserem Vertreter in der Nationalversammlung und dem Betriebsräteauschusse zugesandt werden.

Berlin. Im Auftrage von 12500 Mitgliebern, die in vorheriger Woche in elf Versammlungen zum Betriebsrätegesetz Stellung nahmen, unterbreitete der Vorstand des Bereichs der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzergehilfen folgende Entschlüsse der Nationalversammlung: „Auf Anregung der Zeitungsverleger, die es verstanden haben, durch Beeinflussung der Presse die geeignete Stimmung hierfür in gewissen Kreisen vorzubereiten, ist in dem Ausschusse für das Betriebsrätegesetz ein Beschluß zur Annahme gebracht worden, welcher den größten Teil der Buchdrucker von den wenigen Kartellen, die das Betriebsrätegesetz für die Arbeiterschaft bringt, ausschließt. Die Buchdrucker müssen gegen diese durch nichts gerechtfertigte Ausnahmestellung auf das entschiedenste Protest einlegen. Sie sind nicht gewillt, sich eine derartige Entscheidung gefallen zu lassen und müssen erklären, daß durch dieses Ausnahmestück sicher in den Zeitungsbetrieben das Gegenteil von dem erreicht wird, was mit dem Gesetz bezweckt werden soll: ein geordnetes Zusammenarbeiten zwischen Unternehmern und Arbeiterschaft. Die Begründung der Ausnahmestellung für die Buchdrucker, daß

die Pressefreiheit geschützt werden soll, ist eine falsche. Die Buchdrucker sind seit jeher die schärfsten Vertreter der ausgedehnten Pressefreiheit gewesen und sind es heute noch. Sie halten es für ganz selbstverständlich, daß von den Vertriebsräten ein Einfluß auf den Inhalt der Probezeugnisse nicht ausgeübt werden darf. In den Beschlüssen des Ausschusses für das Betriebsrätegesetz kommt aber nicht der Schutz der Pressefreiheit zum Ausdruck, sondern wir erblicken hierin nur eine vollkommen einseitige Berücksichtigung und Unterfütterung des Unternehmerstandpunktes. Wir bitten deshalb die Nationalversammlung, die Ausnahmestimmungen gegen die Buchdrucker wieder zu beseitigen und die Buchdrucker nicht für minderen Rechts zu erklären als die übrigen Arbeiterklasse. Sollte unsern Wünschen nicht Rechnung getragen werden, so erklären wir, daß wir an dem Zustandekommen des ganzen Gesetzes keinerlei Interesse haben. Die Buchdrucker werden dann Mittel und Wege finden, sich selbst mit Hilfe ihrer Organisation die Stellung im Produktionsprozesse zu verschaffen, die ihnen zukommt."

Berlin. In einer gewaltigen Kundgebung für die Einheit der im Verbands der Deutschen Buchdrucker organisierten Kollegenchaft gefasste sich das 57. Stiftungsfest unres Gauvereins am 3. Januar in den gesamten Aulenräumen der „Neuen Welt“. Das von der Vergnügungskommission geschickt zusammengestellte, äußerst reichhaltige Programm brachte nach einleitender Gessouvers für einen wirkungsvollen von Kollegen Naase gesprochenen Festspruch des Kollegen Fehold. Der zweite Teil, der weihnachtliche des Abends, war dem Gedächtnis unres Toten gewidmet. Nach dem „Schönlischen Bardenchor“ der „Typographia“ nahm unser Bärde das Wort zu einer packenden Festrede, deren einleitender Teil unsern Toten in diesem Selbstwürdigsten aller Kriege galt und von der viele tausendköpfigen Menge lebend angehört wurde. Er schloß mit einem glühenden Appell an die Lebenden, die Toten dadurch zu ehren, daß man sich in diesen schweren Zeiten zu einer festgeschlossenen Einheit verbinden möge zum Segen und zum ferneren Gedeihen unrer Organisation. Ein brausendes Goch auf unsern Verband benetzte die freistehenden, mit großem Beifall aufgenommenen Worte unres Barden. Turnerische Ausführungen am Red und unres Chor, Chorlieder erklangen und hielten den Inhalt, die gleichfalls als Hauptthema zur Gelschlossenheit und Einheit mahnenden, führten nach und nach zum helleren Teile des Abends über, dessen Gipfel erklimmen wurde durch die Aufführung des lustigen Kunsterbunt: „D. D. w. e.“ vom Kollegen Max Strause. Die geheimnisvollen vier Buchstaben gaben zu den gewagtesten Kombinationen Veranlassung. Im Interesse der am 31. Januar d. J. erfolgenden Wiederholung des Programms wolle wir heute mit der Lösung nicht vorereilen. Summarisch: Nach langer, schwerer Zeit wieder einmal ein echtes Buchdruckerfest, getragen vom Gelle wahrer Kollegialität und dem Gelsiehe brüderlicher Zusammengehörigkeit. Das es für nünftige Dimer für das neue Jahr bedeuten! Die für die Feier gelserteten Druckfachen waren in ihrer Aufmachung in Anbetracht der Zeitverhältnisse geradezu glänzend zu nennen.

Brühl (Bezirk Köln). Erst seit einigen Monaten konnte der hiesige Ortsverein seine durch den Krieg unzerbrochenen Arbeiten wieder aufnehmen. Die ersten Versammlungen beschäftigten sich durchwegs mit wirtschaftlichen Fragen. Die „Brühler Zeitung“ (Inhaber Dr. Becker) gewährte den dort beschäftigten zwölf Gehilfen seit Anfang November eine wöchentliche Lohnzulage von 10 Mk. Im Monat Dezember gelangte seitens genannter Firma eine Wirtschaftsausschüsse von 100 Mk. für Belege, 200 Mk. für Verehrung und für jedes Kind unter 16 Jahren von 30 Mk. zur Auszahlung. In unrer letzten Versammlung vom 7. Dezember referierte unser Bezirksvorsitzender Moia (Köln) über „Die gegenwärtige Situation im Gewerbe“. Bei der Vorstandswahl wurden die Kollegen Klantzi zum Vorsitzenden und G. Elpers zum Kassierer und Schriftführer wiedergewählt.

Nöln a. Rh. Ein schon seit längerer Zeit gelingender Gedankenanstausch zwischen Gelschlossenen führte hier am 14. Dezember zu einer Versammlung von Verbandsfaktoren. Nach einer regen Aussprache über wirtschaftliche und organisierte Fragen wurde der Beschluß zur Gründung einer „Freien Faktorenmittelvereinigung“ (F. F. M.) für den Bezirk Nöln gefasst. Als Vorstandsmitglieder wurden gewählt. Die Kollegen M. A. Landt, Stollenberg, Lapan und G. Bronstrup. Mit Berücksichtigung nahmen die Vermittlungen von der Stellungnahme der Gauvorsitzendenkonferenz Kenntnis, in welcher den Faktoren Unterstützung des Verbandes zugesagt wird, soweit es sich um tarifliche Bestrebungen handelt, seien aber im übrigen nicht die Bestrebungen über Organisationszerstückelung. Die Anwesenden lehnten als Gewerkschaftler im gegenwärtigen Zeitpunkt aus bekannten Gründen den Beitritt zum Faktorenbund ab und brachten ihre Wünsche und Ziele einmütig in einer Resolution an, die folgend zum Ausdruck: Die in Nöln an einer Freien Faktorenmittelvereinigung zusammengeschlossenen Faktoren, Obernehmehrmittel, Arbeitsvermittler, Statistiker usw., Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, erkennen den Deutschen Faktorenbund nicht als die allein berechnete Vertretung ihrer Interessen an und erblicken in dem Abschluß der Vertragsgemeinschaft zwischen dem Deutschen Buchdruckerverein und dem Deutschen Faktorenbund einen einseitigen Organisationsvertrag, der ohne Betragen der Gelschlossenheit der Faktoren innerhalb des Buchdruckerberufes gestiftet wurde und der auch nicht annähernd die berechtigten Forderungen der Faktorenschaft berücksichtigt. Die Freien Faktorenmittelvereinigung erstrebt die Wahrung und Förderung ihrer Standesinteressen auf tariflichem Weg im Anschluß

an die Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker und erwartet von der Kollegenchaft Deutschlands das gleiche.

S.-Königsberg (Ostpr.). Am 16. Dezember fand im „Gewerkschaftshaus“ eine Versammlung statt. Vorsitzender Wittenberg begrüßte die aus der Kriegsgelangenchaft zurückgekehrten Kollegen. Darauf sprach er der Ausländigenkommission, die während des Ausstandes dem Vorstand mit Rat und Tat zur Seite gestanden hat, den Dank des Vorstandes aus. Die Versammlung dankte den Kollegen noch besonders. Dann ging der Vorsitzende auf die Ausführungen des Kollegen Selch auf der Gauvorsitzendenkonferenz (siehe „Korr.“ Nr. 145) ein. Vom Verhandlungsleiter, Kollegen Braun, sei gleich zu Anfang erklärt worden, da das Tarifamt von keiner der beiden Parteien angerufen worden sei, wäre es nicht als Richter, sondern nur als Vermittler anzusehen. In diesem Sinne wolle es zwischen den beiden Parteien wirken, damit die Arbeit wieder aufgenommen werden könne. Daraus ergab hervor, daß wir zuerst verhandelt und dann die Arbeit aufgenommen haben. Kollege Schliebs habe dementsprechend auch erklärt: „Es gibt weder Sieger noch Besiegte“. Davon, daß das Tarifamt eine Niederlage von uns ferngehalten habe, könnte keine Rede sein. Unrer Meinung hierüber ist eine andere. Näher noch auf die Sache einzugehen, verbietet uns die von beiden Parteien eingegangene Verpflichtung, das Verhandlungsprotokoll nicht zu veröffentlichen. Unrer Prinzipale haben sich einwandsfrei benommen, und wir wollen ihnen nicht nachsehen. Hierauf entspann sich eine rege Debatte, in der sämtliche Redner gegen die aus der Gauvorsitzendenkonferenz gegebene Darstellung protestierten. Hierauf sprach der Vorsitzende allen Kollegen im Reiche, die uns während des Ausstandes unterstützt haben, den Dank der Königsberger Kollegen aus. Unrer Invaliden haben wir auch eine Weihnachtsfeier bereitet, indem wir jedem, zehn an der Zahl, 75 Mk. überließen. Ebenso erhielten die bedürftigen Witwen 30 Mk. als Weihnachtsbeihilfe. Nach Erledigung einiger nur die Mitglieder betreffenden Angelegenheiten erhielt Gauvorsitzer Kelsner das Wort zu seinem Bericht über die Gauvorsitzendenkonferenz. Ein ausführlicher Welle führte er den Kollegen den Gang der Verhandlungen vor Augen. Die Versammlung folgte mit Aufmerksamkeit den Ausführungen des Redners. Der vorgeschlagenen Zeit wegen wurde die Diskussion bis zur nächsten Versammlung vertagt.

Leipzig. (Kurze Erinnerung.) Unter Umgehung der wirtschlichen Tatsachen sowie Aufstellung von Unwahrheiten bringt es Kollege Blochschmidt in Nr. 4 des „Korr.“ fertig, einer politischen Richtung tendenziös auf die Beine zu helfen. Dies ist bezeichnend! Ich werde den Kollegen im Gau Leipzig vollen Nachschub in der nächsten Gaumitgliederversammlung zuleit werden lassen.

Emil Stinkenlein.

R. Kienitz. In der Versammlung am 16. Dezember wurde zum Resultat der Tarifausbildung Stellung genommen. Die von 95 Kollegen besuchte Versammlung lebte einmütig ab, mit dem Erreichten zufrieden zu sein, da trotz der immer noch zu niedrig bemessenen Steuerzuschulage die Wirtschaftsausschüsse abgelehnt und die Erhöhung der Lohnzulage bis zum Februar hinausgeschoben wurde, trotzdem die Presse für sämtliche Bedarfsartikel Mängel feststellte. Man will die Stellungnahme der übrigen Orts der Provinz abwarten. Nach einer vollzogenen Aufnahme gab Kollege Seewald den Jahresbericht. Den Witwen und Invaliden wurden 30 Mk., den Arbeitslosen 20 Mk. als Weihnachtsgabe bewilligt. Unrer „Vertriebskomitee“ fand noch eine lebhafte Aussprache statt über das uns von unrer Stadtverwaltung zugegebene Mängel Steuererleichterung, das doch wieder in erster Linie die Arbeiter befaßt. Es wurde eine eingehend begründete Resolution, die die Zurückziehung des Magistratsantrags fordert, an die Stadtverordnetenversammlung und an sämtliche Tageszeitungen übermittelte. Verschiedene Anträge zur Verbandsgeneralversammlung wurden schon jetzt durchberaten.

Stinbach i. S. Die am 20. Dezember abgehaltene durchgehliche Versammlung nahm Stellung zur neuen Steuerzuschulage. Es wurde eine Resolution eingebracht, in der zum Ausdruck kommt, daß man mit der Zulage vollständig unzufrieden ist. Es wird erwartet, daß die Kreisversammlung bei Neuregelung der Lohnzulage einen entsprechenden Ausgleich herbeiführt. Weiter wurde auch die große (1) Erhöhung des Verbandsbeitrags kritisiert.

Oschag. Am 9. Dezember fanden sich hier die Kollegen der Mitglieder des Oschag und Mügeln zusammen. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung, Gründung eines „Bezirksvereins“ (Dahlen, Mügeln, Oschag, Erbschlag) wurde mit Einstimmigkeit erledigt. Der Vorsitzende Max Mayer (Oschag) leitete die Einheitsarbeit alle Maßnahmen in den Wunsch zusammen: Mäße der Zusammenstoß ein legendesches Mäßen für jeden einzelnen bei der auch hier sich immer schwerer gestalten wirtschaftlichen Lage zur Folge haben! Dem Antrag, zur nächsten Versammlung einen Referenten für einen gleichzeitigen Vortrag zu ernennen, wurde stattgegeben. Ferner berichtete der Vorsitzende noch über die letzte Gewerkschaftskartellung.

F. Radesheim. Am 1. Dezember wurde im Rheingau ein Ortsverein mit dem Namen „Rheingau-Rheingau“ (Welschheim-Radesheim) gegründet. Der Vorstand leitete sich u. a. zusammen aus den Kollegen Valentin Ruchta (Radesheim) als Vorsitzendem und Karl Nagel (Welschheim) als Kassierer.

Saarlautern. Der 2. November war für unsern Druckort in organisatorischer Hinsicht von großer Bedeutung. Nachdem unser Ortsverein seit Ende des Jahres 1914 als vollständig verwaist galt, haben die Kollegen sich endlich wieder

aufgerafft, um eine Neukonstituierung vorzunehmen. Dieserhalb war bereits am 27. September eine Versammlung einberufen, doch schickerte die Konstituierung an der Wahl des Vorsitzenden, da die Versammlung sehr schlecht besucht war. Der Gründer und langjährige frühere Vorsitzende, Kollege Schuch, auf den die auswendigen Kollegen ihre Stimmen wieder vereinigten, lehnte die Wahl ab mit der Begründung, daß er sich nur dann bereit erkläre, den Vorstoß wieder zu übernehmen, wenn ihm das Versprechen gegeben werde, daß die Versammlungen künftig von allen Mitgliedern besucht werden. In der am 30. November abgehaltenen Versammlung waren dann alle Mitglieder (bis auf zwei erkrankte) anwesend. Kollege Schuch wurde einstimmig als Vorsitzender gewählt, worauf er die Wahl annahm. In einer kurzen Ansprache betonte er, daß es in der heutigen Zeit notwendig sei, die Versammlungen zu besuchen, da die Verhältnisse im Berufe gerade keine ruhigen seien und die organisatorische Kleinarbeit ein unbedingtes Erfordernis sei. Dann referierte er über den Gaugang. Die dort gefasste Resolution hinsichtlich einer besseren Entlohnung wurde einstimmig gutgeheißen. Durch die Anerkennung des Tarifs seitens der beiden Firmen, „Saarbräcker Journal“ und Verlagsgesellschaft Haulau ist die Zahl der Mitglieder auf 23 gestiegen. Nach vielen Bemühungen ist es auch gelungen, nimmere dem „Korr.“ Eingang zu verschaffen, nach dem die Kollegen sich schon lange gelehnt haben. Für die bei den Anrufen im Saargebiet um das Leben gekommenen Gewerkschaftsmitglieder wurde ein namhafter Betrag gesammelt. Den in der Versammlung angewendeten zwei Saarbräcker Kollegen sei an dieser Stelle für ihre Unterstützung nochmals herzlich gedankt.

E. Th. Stufgart. (Schriftfächer.) In der gutbesuchten Versammlung am 14. November berichtete Vorsitzender Stufgart eingehend über die Tarifverhandlungen. Sehr zu begrüßen ist, daß der langjährige Einzelstarif der Schriftfächer Deutschlands endlich zur Tatsache geworden ist, obwohl es mit großen Schwierigkeiten verknüpft war, den jetzigen Verhältnissen entsprechend einen verbürgten Lohn zu erzielen. Wenn auch der Reichstarif eine Besserung brachte, so verurteilten verschiedene Diskussioner doch die mancherlei Nachteile des neuen Tarifs, so in der Lehrlingsfrage. Auch über die Ferienvergütung wurde heftige Kritik geübt. Im allgemeinen war die Versammlung zufrieden, auch bezüglich des Inkrafttretens ab 1. Januar 1920 mit der entsprechenden Entscheidungssumme. Das geringe Entgegenkommen der Prinzipalität betreffs einer Wirtschaftsausschüsse wurde in der heftigsten Diskussion verurteilt. Der geplante Ertragssteuer wurde zugestimmt. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten fand die Versammlung ihren Abschluß.

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

Nachahmendes Wertes Beispiel. Die Buchdruckerei Robert Tag & Co. in Slatow (Westpr.) gewährte ihren Angestellten, Arbeitern und Lehrlingen je nach der Dauer ihrer Tätigkeit bei der Firma eine Weihnachtsgabe im Betrage von 400 bis 50 Mk.

Leidliche Rechtschreibung! In Nr. 9 der „Deubener Zeitung“ (Anzeiger für den Flämschen Grund — Amtsblatt für den Gemeindefiskus Deuben) in Sachen wird für Eltern ein Schriftlehrerlehrling gesucht, der über eine leidliche Rechtschreibung verfügt. In der gleichen Nummer findet sich eine Anzeige, in welcher sich der Redakteur dieses Blattes zur Abfassung von „heiligen, schwierigen Briefen für im Schreiben Unbefähigte“ empfiehlt. Bedingung für Gelschäftsabschlüsse letzterer Art ist Vorauszahlung, eventuell Anzahlung nach Gutdünken. Der Herr Redakteur Erich Welker scheint sich demnach auf dem Gebiete der Rechtschreibung für eine besondere Größe zu halten. Am so mehr muß man sich dabei wundern, daß die Firma gleichen Namens für einen Schriftlehrerlehrling als einzige Bedingung nur „leidliche Rechtschreibung“ aufstellt. Einige Aufzählung findet dieses Rätsel, wenn man im Stipendium der „Deubener Zeitung“, noch die merkwürdige Bedingung für Inserate fest, wonach für Fehler in Inseraten keine Garantie übernommen wird. Es scheint daher die „Deubener Zeitung“ mit gutem Deutlich vor sehr auf gespanntem Sinne zu leben, trotzdem ihr geistiger Leiter sich im Interesse zu besonderen grammatischen Gellungen anheißelt. Oder soll am Ende gar auch hier die Bedingung der Vorauszahlung oder Anzahlung nur ein Schutz für den Schrift- oder Ausschreiber sein, um jede Garantie für Fehlerfreiheit von vornherein abzuwimmeln? Jedenfalls wird es dringend nötig sein, daß es sich die Eltern aller Lehrlingsabschließenden in Deuben und Umgegend rechtlich überlegen, ob sie ihren Sohn einer so bedauerlichen technischen Berufsausbildung ausliefern. Die Mängelheiten der zeitgemäßen fachtechnischen Ausbildung eines Schriftlehrerlehrlings scheinen nach dem ganzen Inhalte, dem Inhalt und dem Gelschäftsgebaren der „Deubener Zeitung“ in diesem Vertriebe so gering zu sein, daß wir jeden jungen Mann mit nicht nur leidlicher, sondern auch einwandfreier Rechtschreibung ernstlich bedauern würden, wenn er seine Taubbahn als Buchdrucker auf technisch so rückständigem Boden beginnen sollte.

Zur Vereinfachung der deutschen Rechtschreibung. Zu der demnächst zusammenzustehenden Reichsausschusskonferenz macht ein badischer Schulmann bezüglich der Schaffung einer neuen Rechtschreibung folgende kurze und sachliche Vorschläge: Erst vor allem mit verschiedenen Buchstaben für einen Laut (v, f, ph), mit aller Großschreibung außer am Satzanfange, mit wünschigen Schreibungen und Schreibungen. („Groß“, „Neb“) hat am Schluß ein h, trotzdem beide Wörter gedehnt gesprochen werden; „hr“ erhält ein

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Eingehummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 8 — Leipzig, den 20. Januar 1920

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Was wollen die Zerpflechter?

Der Kampf, den jede neue Idee zur Verdrängung ihrer älteren Nebenbuhlerin führt, wird immer nur dann ein schöner und anfänglicher Kampf der Götter sein, wenn das Alte sich als etwas noch Entwicklungsfähiges, noch nicht dem Tode Verfallenes auszuweisen bemüht ist, wenn das Alte uns zu überzeugen verucht, daß es noch fähig ist, uns auf den dunkel vor uns liegenden Pfaden der Zukunft als Führer zu dienen.

Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet war der bisherige Kampf gegen den Graphischen Industrieverband auf der Grundlage des Räteplans in Berlin a. B. kein Kampf der Götter. Die Stellungnahme der vielgerühmten Berliner Bezirksversammlungen gegen den Industrieverband beruhte nicht auf einer Kritik der angestrebten Umformung, sondern war lediglich das Ergebnis eines geschickten Verleumdungsfeldzugs. Dieser lehnte mit Flugblättern ein, welche die Oppositionskollegen als Organisationszerpflechter hinstellten, ging weiter in den Debatten, indem der Industrieverband als Erwärmer der Unterstufungseinrichtungen dargestellt wurde, und fand seine Krone im Schluß der Debatte, der lange vor Eintritt der Polizeistunde in allen Versammlungen, in denen die Opposition nennenswert vertreten war, beantragt und angenommen wurde. In meinem Bezirke (NO) geschah dies bereits kurz nach 9 Uhr, obgleich ich nur als einziger noch auf der Rednerliste stand. Ebenso inhaltslos, ohne Eingehen auf die Frage, wie man die bevorstehenden wirtschaftlichen Aufgaben mit den bestehenden Organisationsformen lösen will, war das, was Grabmann in den „Kammerläden“ gegen den Gedanken des Industrieverbandes zu sagen wußte.

Da berührt es den Freund dieses Gedankens wohlwendig, wenn unter seinen Gegnern einer austritt, der den Industrieverband nicht deshalb bekämpft, weil er von radikaler Seite propagiert wird, sondern weil nach seiner Meinung die Entwicklung etwas anderes erfordert. So betrachtet, ist ich Kollege Schaeffer wohlwendig ab von den übrigen Bekämpfern des Graphischen Industrieverbandes.

Um gleich auf das Wesentliche des Gegenstandes der beiden Meinungen zu kommen, ist es nötig, festzustellen, daß wir in der Anstrengung der sozialistischen Wirtschaftsordnung einig sind, daß Schaeffer aber die Erreichung dieses Zieles auf evolutionärem Wege für möglich hält, während wir demgegenüber den revolutionären Weg für den einzigen möglichen halten.

Der Grundgedanke von Schaeffers Ansichten ist unabweisbar der, daß die sozialistische Wirtschaft nicht als ein Gebilde von Himmelsböden des Staates, wie er auch immer sein mag, zu uns hernterdrücken wird, sondern daß er von den Beteiligten von unten aufgebaut werden muß. Schaeffer ist also in gewissem Grade von demselben „Neo-Syndikalismus“ angezogen, den man denjenigen vorwirft, die die Kampforganisation der Arbeiterchaft auf dem Boden des Betriebes aufbauen.

Aber Schaeffer meint, diesen Aufbau von unten mit Hilfe des Unternehmertums in Fortentwicklung der Tarifgemeinschaften vornehmen zu können oder zu müssen. Er übersieht, daß Evolution nur so lange möglich und fruchtbar ist, als die Grundfesten des Bestehenden noch nicht berührt werden können und das Bestehende nur in sich für die Ablösung durch das Neue reif gemacht wird. Tarifgemeinschaften werden deshalb nur so lange und insofern entwicklungsfähig sein, als die Arbeiterchaft das Eigentum des Unternehmers am Betriebe und die daraus resultierende Herrschaft über die Produktion unangefastet läßt. Schaeffers ganzes System ist auf der Voraussetzung gegründet, daß die Unternehmer freiwillig auf dem Vereinbarungswege nach und nach sich der Rechte im Produktionsprozess begeben, die ihnen nach kapitalistischer Anschauungsweise zugehen. Er möchte dem Unternehmertum den absurden Gedanken suggerieren von einer Sozialisierung, die auch zum Vorteile der Arbeitgeber ausfallen könne. So muß man wenigstens den Satz aufstellen, der sein System als den Regulator „mehrseitiger und nicht einseitiger Interessen“ bezeichnet.

In ein leichtfaßliches Beispiel übersetzt, würde das alles etwa heißen: Der Prinzipal vertritt auf unsre im Zusammenarbeiten mit ihm ausgesprochene Bitte Selbstmord, und zwar langsam, indem er sich ein Glied nach dem andern abhackt, wobei wir ihm behilflich sind. So wenig dies Beispiel denkbar und möglich ist, so wenig werden Unternehmer auf dem Vereinbarungswege sich ihrer Macht begeben, sondern diese Macht wird nur durch ihre entgegengesetzte Machtentfaltung beseitigt werden können. Diese Macht zur Eroberung der Produktion wird sich auf den Boden der Produktion, des Gewerbes, also der Betriebe entwickeln. Dies hat Schaeffer auch erkannt, der in seiner Broschüre über die Berufsgemeinschaft schreibt:

Wenn wir aber warten wollen, bis von oben herab, sei es durch Reichs- oder Landesgesetz oder auf dem Umwege über Arbeitsgemeinschaften oder Industriefachauschüsse eine Realisierung unser neuzeitlichen sozialen und wirtschaftlichen Forderungen erfüllt werden, so müßten wir älter als Methusalem werden, um davon schon für unsre Generation praktisch etwas verwirklicht zu sehen. Und darum heißt es: Buchdrucker vor die Front!

Also von der Arbeitsgemeinschaft, dem Typ der Spitzenorganisation zwischen Arbeiter- und Unternehmerverband, erwartet Schaeffer nicht das Selb. Was tut er nun? Er gibt der Gemeinschaftsorganisation von Arbeitgebern und Arbeitern einen andern Namen — Berufsgemeinschaft —, führt uns eine Organisationsgliederung vor, welche die Übertragung mehrheitssozialistischer Räteideen ins graphische Gebiet bedeutet und erwartet nun Zaubervirkung von dem Gebilde. Eine Glaske sauren Weines, die durch Aufkleben eines neuen Etiketts genießbar gemacht werden soll! Man muß Schaeffer dabei allerdings zugute halten, daß er mit den klar abgegrenzten Begriffen nicht so schindluder frei wie die Reichsregierung, die etwas ganz Ähnliches im Frühjahr als Räteplan bezeichnete und von jedem Zaun aus seine Verankerung in der Verfassung ankündigte.

Wolle Kollege Schaeffer aber etwas anderes als eine Arbeitsgemeinschaft schaffen, so muß er die Grundlage ändern, nicht den Namen und das sonstige formale Drum und Dran. Die Zusammenarbeit mit dem Unternehmertum ist der grundlegende Fehler. Die Zersplitterung ist eben nicht aus der Welt zu schaffen, daß niemand an einer Vereinbarung teilnehmen wird, die den Zweck hat, ihm sein eigenes Grab zu schaufeln, es sei denn, er wäre lebensmüde — und das ist der Kapitalismus trotz schwerster Erschütterung aus verftändlichen Gründen noch nicht. Die Frage seiner Lebensfähigkeit ist freilich ein andres Kapitel.

Dieser innere Widerspruch der Idee der Arbeits-, Tarif- und Berufsgemeinschaft ist der Beweis für die grundsätzliche Richtigkeit des revolutionären Klassenkampfes in der Gewerkschaftsbewegung, den der von der oppositionellen Minderheit angestrebte Graphische Industrieverband zum Grundgedanken hat. Wir, seine Anhänger, wissen, daß der Unternehmer dem Sozialismus als dem Zerstörer des Mehrwerts und damit seiner Macht nur feindlich gegenüberstehen kann und wollen deshalb unsre organisatorischen Maßnahmen nur auf die Arbeiterchaft gestützt sehen. Wir wissen, daß das Ziel des Sozialismus im wesentlichen nicht vom Staat und von der Eroberung der Staatsmacht abhängt, wenn diese auch letzten Endes zur Erreichung des Zieles notwendig ist. Wir wissen, daß der Mensch an seiner Arbeitsstätte die aufbauende, erhaltende und fortentwickelnde Grundeinheit der menschlichen Gesellschaft und aller Kultur ist, nicht aber der Staatsbürger an der Wahltürne, den man nicht fragt, aus welcher produktiven Tätigkeit zum Nutzen des Ganzen er sein Mitbestimmungsrecht an der Staatsverwaltung ableitet. Deshalb wollen wir den unbestreitbaren Willen des Arbeiters zum Sozialismus durch Organisationsumformen in die sozialistische Tat und ihre Vorbereitung auf wissenschaftlichem Boden. Eine solche Organisation sind die Räte, die an zweckentsprechend aufgebauten Gewerkschaften ihren Rückhalt finden. Der Zeitpunkt einer solchen Organisation wird aber in erster Linie die Zusammenfassung der vorhandenen Produktions-einheiten, d. h. der Betriebe, sein müssen, in zweiter Linie die Zusammenfassung einzelner Personen. Deshalb wollen wir die Organisation auf dem Boden des Räteplans.

Innerhalb des Betriebes wiederum wird eine solche Organisation alle Arbeiter und Angestellten umfassen müssen. Es ist dies eine selbstverständliche Grundbedingung des Sozialismus, der alle, auch die geringsten Kräfte nach ihrem Vermögen zur Entfaltung bringen will. Hausdlenner, technischer Arbeiter und Betriebsleiter werden hier ein gemeinsames Interesse haben und demgemäß zu bewußtem, gemeinsamem Tun sich verbinden. Deshalb wollen wir vom Berufsverband zum Industrieverband kommen.

Es ist weiterhin eine unbestreitbare Tatsache, daß Industrien mit den gleichen Rohstoffen und ineinandergreifenden Aufgaben einen gemeinsamen Wirtschaftsplan erfordern werden. Deshalb wollen wir in dem Graphischen Industrieverband auf der Grundlage des Räteplans die ganze graphische Industrie ausnahmslos vereint wissen. In der Richtung dieses letzten Gedankenganges hat auch Kollege Schaeffer schon einen Schritt vorwärts gemacht. In seinem Büchlein steht er eine polygraphische Berufsgemeinschaft war auch in den Kreis seiner Betrachtungen, wirkt aber fast ausschließlich nur für eine solche im Buchdruck. In der bekannten Resolution Dreher-Schaeffer ist ihm das gemeinsame Arbeiten aller graphischen Berufe erster Schritt auf seinem Wege. Er wird mit uns aber noch einen Schritt weiter gehen müssen. Wir machen unsern Weg, wenn wir auch Bahnbrecher sein wollen, nur Hand in Hand mit der ganzen deutschen Arbeiterchaft. Eine einzelne Industrie kann wohl verstaatlicht werden, nicht aber sozialisiert. Denn die Sozialisierung ist eine Machtfrage der ganzen Arbeiterchaft. Ihre Hauptbedingung, das Heranziehen der Verhältnisse für die Übernahme der Staatsmacht durch die Arbeiterklasse, tritt für alle Industrien gleichzeitig ein. Deshalb arbeiten wir mit an der Rätebewegung, die die ganze Industrie umspannt, im Rahmen derselben, und fordern vom Gewerkschaftsbund, daß er als solcher ebenfalls Träger dieser Bewegung wird. Diese letzten Dinge sind Gemeinplätze. Ihre Erwähnung ist aber notwendig, da die Buchdruckerchaft sich mit einer gewissen dümmlichen Mauer umgeben hat, deren Abtragung dem großen Endzweck zuliebe nicht zu umgehen ist.

Schaeffer will den Hauptvorständen der graphischen Verbände die Initiative zur Sozialisierung überlassen. Was

werden die in Buchdruckerien und den übrigen graphischen Betrieben sonst noch vertretenen Arbeitkräfte dazu sagen, a. B. kaufmännisches Personal und Transportarbeiter? Geht man über deren demokratisches Selbstbestimmungsrecht „mit distanzvoller Geistes“ hinweg? Dieser an unsre Adresse im „Norr.“ gerichtete Vorwurf scheint für Dreher-Schaeffer viel besser zu passen, da nach unserem Willen die Einheitsorganisation im Betriebe das Selbstbestimmungsrecht auch des letzten gewährleisten soll.

Die Berufsorganisation ist aus den vorstehend angeführten Gründen für die sozialistische Tat untauglich. Der Weg über sie als etwas Fertiges und Gegebenes erscheint im Augenblick als der einfachste, erweist sich aber bald als eine Sackgasse. Man scheue sich nicht, die richtige Straße kurz entschlossen anzulegen. Das Tempo „geologischer Erdumwälzungen“ wäre dabei höchstens durch den Widerstand in unsern eignen Reihen bedingt. Übrigens beweist die tatsächliche Entwicklung, daß wir über den Industrieverband zur Sozialisierung kommen und nicht umgekehrt. Denn die ersten Schritte zum Industrieverbande sind schon erfolgt, die ersten Schritte zur Sozialisierung aber noch nicht.

Sie werden auch nach dem System Schaeffer niemals erfolgen, weil die Gegenläufe zwischen Kapital und Arbeit unüberbrückbar sind und das Kapital wohl zur Erhaltung seines Machtbestandes jemandem die Hand reichen kann, nicht aber zur Minderung.

Wie kommen aber Kollege Schaeffer und seine Parteigenossen in andere Industrien ebenfalls auf den absurden Gedanken der Sozialisierung mit kapitalistischer Hilfe? Vermutlich, weil sie glauben, die Arbeiterchaft allein sei nicht fähig dazu. Sie meinen vielleicht in Sowjetrußland den Beweis für ihre Ansicht zu finden, das die lebenden Kräfte mit hohen Gehältern an den Produktionsstätten zureichend sind. Rußland hat eine noch schlechtere Industriearbeiterchaft und die Leistung hatten zum größten Teil Ausländer, die bei den durch den Krieg bedingten schweren Verhältnissen natürlich kein Bedürfnis zum Verbleiben in Rußland verspürten und in ihrer Heimat Aussicht auf lohnendere Beschäftigung zu haben glaubten. Anders bei uns, speziell im graphischen Gewerbe. Was bei uns heute Druckerien gründen, ist fast ausschließlich stets mittelmäßig. Abgesehen von den kleineren Betrieben, die, wenn auch zahlreich, in ihrer wirtschaftlichen Schwäche als Entwicklungsfaktor für uns nicht in Frage kommen; abgesehen von Ausnahmen, von Überbleibeln aus der guten alten Zeit, ist heute der Unternehmer in der Hauptsache Kaufmann, auch wenn er gelernter Buchdrucker ist. Das heißt, er versteht die Produktion und er durch die Supply und Charabdis von Angebot und Nachfrage hindurch geht auf den Markt zu bringen. Diese Tätigkeit, der Konkurrenzkampf, fällt mit der sozialistischen Produktionsweise fort, wo an Stelle des Geschäftsmanns das gewissenhaft geübte Rechenexempel Bedarf und Produktion in eine Linie bringt. Auch die Disposition über den Betrieb, die vorteilhafte Verteilung der Arbeit, liegt heute in überwiegendem Maße in der Hand von Angestellten. Zu allem kommt dann noch, daß das deutsche Buchdruckergewerbe auch in seiner Arbeiterchaft einen solchen Stand erreicht hat, daß eine plötzlich notwendig werdende Auslese begabter Kräfte ohne Schwierigkeiten möglich ist. Man wird die Tätigkeit der Typographischen Gesellschaften nach dieser Richtung hin nicht für unwirksam halten. Brauchen wir also bei Eintritt in die sozialistische Produktionsweise die Prinzipalität? Sie wird umgekehrt eher uns brauchen, soweit sie nicht die Möglichkeit und die Mittel besitzt, nach dem Auslande zu verschwinden.

Von falschen Voraussetzungen ausgehend, muß Kollege Schaeffer auch im Durchdenken des Problems in den Einzelheiten zu Ergebnissen kommen, die unser sozialistisches Empfinden betreffen. Ich nenne hier beispielsweise sein Lohnsystem. Die Spannung von 40 bis 180 Mkt. zwischen dem schlechtesten und dem besten Lohn, erzielt durch eine Abstufung nach Alter und Qualität, ist bei näherem Zusehen unhaltbar. Ich frage beispielsweise aus einem persönlichen Bedürfnisse heraus, wovon denn wohl der junge Kollege bei niedriger Entlohnung den Hausstand gründen soll, der ihm nach Schaeffer im späteren Alter das Recht auf höhere Entlohnung gibt? Was werden unsre Prinzipale zu Schaeffers Feststellung sagen, daß ein junger Gehilfe dem älteren gegenüber nicht als vollwertig zu betrachten ist, und zwar in einem Maße, wie es in Schaeffers Lohnsystem zum Ausdruck kommt?

Ein Grundriß liegt weiter in der Feststellung, daß alle Arbeit Anlust erweckt, die zu der Forderung höherer Löhne als Reizmittel für höhere Leistung führt. Wir wissen, daß man statt Arbeit Lohnarbeit sehen müßte, um der Wahrheit einigermassen näherzukommen. Wenn Qualitätsarbeit an höhere Löhne gebunden wäre, dann würde der Typus des deutschen Altagendens, der dem ganzen Gewerbe Ehre macht, überhaupt nicht existieren. Jedermann weiß, daß er durch nennenswerte Lohnverfehle nicht kultiviert worden ist.

Das innere Bedürfnis ist die Quelle der hervorragenden Leistung, wenn auch diese Quelle durch die kapitalistische Wirtschaft getrübt ist. Sie wird wieder klar sprudeln, nachdem man das Schwammwasser abgeseiht haben wird. Deshalb streben wir den Einheitslohn an, wenn wir uns

auch darüber klar sind, daß wir ihn nur in fortschreitender Entwicklung erreichen. Diese Meinung habe ich nicht etwa als Minimumhändler, der nach unzureichenden Spitzensöhnen selbst, sondern als bei heutigen Verhältnissen nach Leistung bezahlter Spezialarbeiter.

Ein anderer Abweg Schaeffers in sozialistischem Sinn ist keine Differenzierung der Ferienregelung. Er sieht hier noch an den Gedankengängen bürgerlicher Sozialreform, die den Bräunen zudeckeln, wenn das Kind bereits hineingefallen ist. Eine sozialistische Produktionsgemeinschaft wird mit Einrichtungen, welche die Arbeitskraft zu erhalten bestimmt sind, nicht erst in dem Alter wirksam einsetzen, wo die Gesundheit in der Regel bereits ins Schwanken geraten ist und nicht mehr erhalten werden kann. Die Gewährung eines Minimums von drei Wochen Ferien auch an jugendliche Arbeiter wird deshalb von jedem einsichtigen Kulturpolitiker schon für die erste Stufe der sozialistischen Gesellschaft gefordert werden müssen.

Damit im Zusammenhang steht die Lehrlingsfrage, die von Schaeffer wiederum nicht in der Weise gelöst wird, daß der Lehrling von dem Mehr an Druck befreit ist, mit welchem ihn das heutige System dem Vorkarrieren gegenüber belegt. Das aber bedürfte weiterer Auseinandersetzungen, für die der gezeichnete Rahmen nicht ausreicht.

Im vorstehenden ist der Weg angedeutet, den wir im Gegensatz zum Kollegen Schaeffer beschreiten wollen. Der Vorwurf, wir wollten zerstückeln oder unsere Forderungen führe ungewollt zur Zerstückelung, kann nicht mit tatsächlichen Beweisen belegt werden. Wir haben stets erklärt, daß wir unser System aus den bestehenden Organisationen durch deren organische Zusammenfassung erreichen wollen, allerdings nicht durch ihre funktlose Nebeneinanderstellung, die als Surrogat unserer Absichten jetzt angegriffen wird.

Dieser Weg innerhalb der Organisationen werden wir forschen, wenn auch der Kampf von mancher Seite uns andern Neigungen zuzuführen insandte wäre. Wir rechnen dabei auf die Entwicklung, welche die Mehrheit der Kollegen zur Befestigung der papiernen Sündensünde veranlassen wird.

Berlin. Theodor Gabben.

Von Neo-Syndikalismus kann in der von Kollegen Gabben bekämpften Berufsgemeinschaft gar keine Rede sein. Wenn durch die Berufsgemeinschaft soll gerade die gegenwärtige Betriebszerstückelung in eine einheitlich geleitete Berufs- und Produktionsgemeinschaft umgewandelt werden. In der Schrift „Das Problem einer neuen Berufsverfassung für das deutsche Buchdruckgewerbe“ ist diese Frage mit aller Deutlichkeit behandelt. Und für die Leser des „Korr.“ findet sich in den Nr. 83, 85 und 87 des vorigen Jahrgangs in den Artikeln „Berufsgemeinschaft oder konstitutionelle Fabrik?“ eine ebenso deutliche Darstellung der Notwendigkeit, das bisherige Neben-, Durcheinander und Gegenüber der Produktion im Buchdruckgewerbe im Interesse aller Berufsangehörigen durch eine gemeinschaftliche rationellere Verwertung aller im Gewerbe vorhandenen Produktionsmittel zu ersetzen. Das bedeutet doch durchweg das direkte Gegenteil syndikalistischer oder betriebsgenossenschaftlicher Tendenzen.

Die vom Kollegen Gabben dem Verfasser des „Problems einer neuen Berufsverfassung“ unterstellte Spekulation auf die Hilfe des Unternehmers zur Durchführung der Berufsgemeinschaft ist ebenfalls so ein willkürlich gezeichnetes Ding, das in der genannten Schrift gar keinen Anhalt findet, wenn man nicht absichtlich aus schwarz weiß machen will. In Nr. 85 des „Korr.“ vom vorigen Jahre wird auch diese Frage mit aller Deutlichkeit beleuchtet und zusammenfassend gesagt: „Können sich die Unternehmer nicht bald mit einer schiedlich-friedlichen Ablösung ihrer Herrenrechte einverstanden erklären, solange dies noch möglich ist, so wird die Zeit nicht mehr lange auf sich warten lassen, wo diese Politik als die Kunst des Möglichen auch für sie zu einer solchen des Nötigen geworden sein dürfte.“ Unter dieser „Politik des Nötigen“ ist aber nichts anderes zu verstehen, als was J. v. Schön Karl Marx unter den Folgen einer Zunahme des wirtschaftlichen Druckes und Glends verstanden hat. Der Süßgärer wird sich im wohlverstandenen eignen Interesse diesem Druck freiwillig fügen, während der Widerpenfliche sich diesem Druck wird eben unwillig beugen müssen. Wenn Kollege Gabben darüber eine „Mihilite“ des Unternehmers zur Durchführung der Berufsgemeinschaft verstehen will, so ist das keine Sache. Dann muß er sich aber auch gefallen lassen, daß seine Taktik als solche beurteilt werden kann, die die Arbeiterkraft verwirrt und zerstückelt. Durch die Gabbensche Unterstellung wird die Arbeiterkraft von der Verfolgung der am nächsten liegenden Aufgaben abgelenkt und auf eine Rästelstraße geführt, die auf russischen Meerestrafen nach Moskau feitet und schließlich zu einem schimpflichen Rückzug über die Beresina drängt, also es wiederum wie vor hundert Jahren heißen wird: Retze dich, wer kann!

Das kommunalistisch-unabhängige Rästelstern wird die jetzigen Produktionsgrundlagen mit Hilfe einer noch sehr unklaren Diktatur zerbrechen und auf oder aus den Trümmern dann erst ein neues, besseres Produktionsstern aufbauen. Die Berufsgemeinschaft lücht dagegen alle vorhandenen Produktionsmöglichkeiten sofort von unten auf in konzentrierter Zusammenfassung des ganzen deutschen Buchdruckgewerbes für eine wesentliche bessere Arbeits- und Lebensmöglichkeit aller Berufsangehörigen nutzbar zu machen, und zwar aus eigener Kraft ohne höhere Befehlung der übrigen Produktionswege der deutschen Volkswirtschaft. Das Problem der Berufsgemeinschaft beruht auf dem Prinzip organischer und zielbewußter Söberentwicklung unter rationaler Auswertung aller jetzt schon vorhandenen persönlichen und materiellen Produktionskräfte. Die Berufsgemeinschaft wird

von vornherein auf den Boden der gegebenen Verhältnisse gestellt. Sie erstrebt einen konsequenten Abbau der privatkapitalistischen Profitwirtschaft und einen sicheren Aufbau beruflicher Gemeinwirtschaft auf einer Ausgestaltung jeder persönlichen Vorherrschalt. Trotzdem geht aber die Berufsgemeinschaft auch nicht an dem gesunden Kern des Rätegedankens achlos vorüber. Was wirtschaftlich und gewerkschaftlich am Rätegedanken für eine fortschrittliche Umwandlung der Gütererzeugung und -verteilung als zweckdienlich beurteilt werden kann, wurde in den organisatorischen Aufbau der Berufsgemeinschaft sogar als Ecksteine eingebaut. Während im kommunalistisch-unabhängigen Rätelstern eine Vorherrschalt der Angelernten Platz greifen würde, entscheiden in der Berufsgemeinschaft die örtlichen und zentralen Berufsräte unter parteilicher Gleichberechtigung aller Berufsgruppen. Die Beteiligung jeder persönlichen Vorherrschalt schließt auch die Beteiligung jeder Vorherrschalt einzelner Berufsgruppen aus.

Eine absichtliche Irreführung der Kollegen durch bedeutet es, wenn die Berufsgemeinschaft lediglich als eine Umfassung der Arbeits- oder Tarifgemeinschaften hingestellt wird. Denn gerade über den wesentlichen Unterschied dieser Begriffe finden sich in der Schrift „Das Problem einer neuen Berufsverfassung für das deutsche Buchdruckgewerbe“ sehr unzweideutige Definitionen. Es ergibt sich daraus für jeden objektiv denkenden Leser die Schlussfolgerung, daß sowohl die sogenannte Arbeits- wie auch die Tarifgemeinschaften den höher gerichteten Zielen einer neuzeitlichen Umgestaltung des Produktionsprozesses infolge ihrer privatkapitalistischen „Partei“ nicht gerecht werden können, während die Berufsgemeinschaft eine zweckdienlichere und praktisch mögliche Lösung dieses sozialen Problems bringen soll. Dieser wesentliche Unterschied zwischen Arbeits-, Tarif- und Berufsgemeinschaft wurde auch von den ausgesprochenen Anhängern der beiden ersteren schon längst erlährt; auf ihn stützt sich ihre Gegnerschaft. Die einen möchten das Problem der Berufsgemeinschaft am liebsten ausschweigen, die andern trotzen. Auf der äußersten Rechten wie der Linken wird dabei noch ein übriges getan und auf die Reichsgläubigkeit oberflächlich Leser spekuliert, um die für konservative wie hyperradikale Geister gleichermaßen unbequeme Berufsgemeinschaft entweder als arbeiterschädlich oder als harmoniebedürftig zu verkehren. Daraus ergibt sich aber gerade die Tatsache, daß die Berufsgemeinschaft zwischen den beiden Extremen von rechts wie von links die Mitte hält. Und wir werden es ja erleben, daß wenn allseitig eingeleitet ist, daß weder ein Dahinvergehen noch ein Zerbrechen aus der gegenwärtigen Sachlage herauszuführen kann, gerade das Problem der Berufsgemeinschaft eine Plattform bilden wird, auf der sich sowohl die Räte wie die Arbeits- oder Tarifgemeinschaftsidealisten zu praktischer Arbeit zusammenfinden müssen, wenn sie wirklich praktische Arbeit leisten und vorwärts kommen wollen.

Die weiteren Einwendungen des Kollegen Gabben gegen Einzelheiten der Berufsgemeinschaft sind größtenteils ungeordnet und subjektiver Natur. Sie richten sich gegen Vorschläge, die mehr provisorische Richtlinien als starre Dogmen darstellen. Gewisse Übergangsreformen können sich nur auf das vorhandene Minimum von Mitteln und Kräften stützen, die erst im weiteren Verlauf einer Durchführung und Kräftigung der Berufsgemeinschaft erhöht oder verbessert werden könnten. Trotzdem stellen aber sowohl die Vorschläge in der Einleitungsfrage wie in der Ferienfrage gegenüber den heutigen Verhältnissen sehr wesentliche Verbesserungen dar. Ihre nicht übertriebene Bemessung beweist jedenfalls nur ein vorläufiges Abwägen zwischen Wollen und Können, das der Gesamtheit der Berufsgemeinschaft in allen Teilen zugrunde liegt. Durch die Berufsgemeinschaft soll der Mehrwert nicht beilegt, sondern sogar erhöht werden, und zwar in voller Abereinstimmung mit Karl Marx, dessen Lehre dem Kollegen Gabben noch ein Buch mit sieben Siegeln zu sein scheint. Durch die berufsgemeinschaftliche Vertragsverteilung soll lediglich die privatkapitalistische Verteilung des Mehrwerts beilegt werden, und zwar auf sozialistischer Grundlage nach gleichen Rechten und Pflichten für alle Mitarbeiter innerhalb der Berufsgemeinschaft.

Leipzig. Karl Schaeffer.

Gestorben

In Altdorf am 29. Dezember der Buchdruckereibesitzer Otto Schulze aus Köthen, 41 Jahre alt.
In Altdorf am 26. Dezember der Druckerwalde Theodor Künze, 66 Jahre alt.
In Beckum der Buchdruckereibesitzer Alons Krimphoff.
In Wald (Rhld.) am 4. Januar der Drucker Karl Jacobs, 38 Jahre alt.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II.
Fernsprecher: Amt Kurfürst, Nr. 1191.

Koblenz. Der Seher Kaiser Windler aus München, von Koblenz angeblid nach Saarbrücken abgereist, wird hiermit erlucht, seine zwei Kasse zu begleichen und sein Buch beim Kallierer Andreas Klein, Koblenz-L., Frierer Straße 5, einzulösen, andernfalls Ausschluß beantragt wird.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigefügte Adresse):
Am Gau Oder die Seher 1. Fris A. o. G., geb. in Elgard 1. P. 1897, ausg. in August 1915; 2. Fris Lichte, geb. in Elgard 1. P. 1900, ausg. in Elftin 1918; 3. Franz Caper, geb. in Barth (St. Franzburg) 1897, ausg. in Straßund 1915; 4. Richard Albin, geb. in Biltow 1889, ausg. dal. 1906; 5. Max Zickuhr, geb. in Bulgryn 1899, ausg. in Kolberg 1919; 6. Jakob U. Berner, geb. in Mainz 1898, ausg. dal. 1916; 7. Max Peter, geb. in Griefala 1893, ausg. dal. 1913; 8. Walter Binter, geb. in Leipzig-Curtisch 1900, ausg. in Treuenbriegen 1918; 9. Kurt Frohlich, geb. in Stollbus 1899,

ausg. in Treuenbriegen 1918; 10. Franz Paul, geb. in Elstp 1. 4. 1885, ausg. dal. 1913; 11. Paul Menck, geb. in Scherwin 1. 2. 1893, ausg. dal. 1912; 12. Paul Knoppe, geb. in Reichenh (St. Goldin) 1890, ausg. in Goldin 1918; 13. Hermann Antler, geb. in Warnik (Am.) 1899, ausg. in Sülzin 1917; 14. Otto Wölfler, geb. in Eltdich b. Landsberg a. d. M. 1898, ausg. in Landsberg 1916; 15. Alfred Reblitz, geb. in Herfenbrügge b. Neudamm 1897, ausg. in Neudamm 1915; 16. Fris Winkelman, geb. in Ueberwalde 1898, ausg. dal. 1916; 17. Albert Feinge, geb. in Spirellu (Schle.) 1900, ausg. dal. 1918; 18. Karl Schüpe, geb. in Berlin 1890, ausg. dal. 1908; 19. Franz Buis, geb. in Gollnow 1887, ausg. in Trepow a. R. 1907; 20. Goltshel Grohmann, geb. in Sonnenwalde (M.-G.) 1896, ausg. in Farnfelde 1914; 21. Will Hering, geb. in Stollbus 1898, ausg. dal. 1917; 22. Rudolf Pücherl, geb. in Edelweiss (St. Stollbus) 1897, ausg. in Stollbus 1916; 23. Emil Raumann, geb. in Kirchhain (M.-G.) 1898, ausg. dal. 1917; 24. Fris Mänchen, geb. in Kirchhain (M.-G.) 1899, ausg. in Kirchhain 1917; 25. Will Wölfler, geb. in Brodowin (Fr. Angermünde) 1899, ausg. in Ueberwalde 1917; 26. Georg Licht, geb. in Berlin 1883, ausg. in Dranienburg 1901; 27. Fris Anop, geb. in Griefala 1886, ausg. dal. 1905; 28. Eugen Dorff, geb. in Würzburg 1896, ausg. dal. 1914; 29. Kurt Ebnau, geb. in Griefen (Schir.) 1898, ausg. dal. 1916; 30. Robert Schöpl, geb. in Warmbrunn (Schl.) 1898, ausg. dal. 1916; 31. Karl Bräuer, geb. in Scherwin a. d. M. 1897, ausg. dal. 1916; 32. Kurt Ahrens, geb. in Straßund 1895, ausg. dal. 1905; 33. Paul Schneider, geb. in Altdorf 1899, ausg. dal. 1916; 34. Paul Kröger, geb. in Bergen a. R. 1887, ausg. dal. 1906; 35. Bruno Sophie, geb. in Bergen a. R. 1900, ausg. dal. 1918; 36. Max Scharlau, geb. in Wilsbagen (St. Grimmen) 1895, ausg. dal. 1913; 37. Fris Pücherl, geb. in Pörlh i. P. 1896, ausg. dal. 1914; 38. Fris Marck, geb. in Ruhland (Schl.) 1895, ausg. in Senftenberg (M.-G.) 1914; 39. Max Röhle, geb. in Weshow 1898, ausg. in Spremberg (M.-G.) 1916; 40. Fris Dohmke, geb. in Spremberg 1912; 41. Fris Wölfler, geb. in Griefala 1912; 42. Fris Wölfler, geb. in Griefala 1912; 43. Fris Wölfler, geb. in Griefala 1912; 44. Fris Wölfler, geb. in Griefala 1912; 45. Fris Wölfler, geb. in Griefala 1912; 46. Fris Wölfler, geb. in Griefala 1912; 47. Fris Wölfler, geb. in Griefala 1912; 48. Fris Wölfler, geb. in Griefala 1912; 49. Fris Wölfler, geb. in Griefala 1912; 50. Fris Wölfler, geb. in Griefala 1912; 51. Fris Wölfler, geb. in Griefala 1912; 52. Fris Wölfler, geb. in Griefala 1912; 53. Fris Wölfler, geb. in Griefala 1912; 54. Fris Wölfler, geb. in Griefala 1912; 55. Fris Wölfler, geb. in Griefala 1912; 56. Fris Wölfler, geb. in Griefala 1912; 57. Fris Wölfler, geb. in Griefala 1912; 58. Fris Wölfler, geb. in Griefala 1912; 59. Fris Wölfler, geb. in Griefala 1912; 60. Fris Wölfler, geb. in Griefala 1912; 61. Fris Wölfler, geb. in Griefala 1912; 62. Fris Wölfler, geb. in Griefala 1912; 63. Fris Wölfler, geb. in Griefala 1912; 64. Fris Wölfler, geb. in Griefala 1912; 65. Fris Wölfler, geb. in Griefala 1912; 66. Fris Wölfler, geb. in Griefala 1912; 67. Fris Wölfler, geb. in Griefala 1912; 68. Fris Wölfler, geb. in Griefala 1912; 69. Fris Wölfler, geb. in Griefala 1912; 70. Fris Wölfler, geb. in Griefala 1912; 71. Fris Wölfler, geb. in Griefala 1912; 72. Fris Wölfler, geb. in Griefala 1912; 73. Fris Wölfler, geb. in Griefala 1912; 74. Fris Wölfler, geb. in Griefala 1912; 75. Fris Wölfler, geb. in Griefala 1912; 76. Fris Wölfler, geb. in Griefala 1912; 77. Fris Wölfler, geb. in Griefala 1912; 78. Fris Wölfler, geb. in Griefala 1912; 79. Fris Wölfler, geb. in Griefala 1912; 80. Fris Wölfler, geb. in Griefala 1912; 81. Fris Wölfler, geb. in Griefala 1912; 82. Fris Wölfler, geb. in Griefala 1912; 83. Fris Wölfler, geb. in Griefala 1912; 84. Fris Wölfler, geb. in Griefala 1912; 85. Fris Wölfler, geb. in Griefala 1912; 86. Fris Wölfler, geb. in Griefala 1912; 87. Fris Wölfler, geb. in Griefala 1912; 88. Fris Wölfler, geb. in Griefala 1912; 89. Fris Wölfler, geb. in Griefala 1912; 90. Fris Wölfler, geb. in Griefala 1912; 91. Fris Wölfler, geb. in Griefala 1912; 92. Fris Wölfler, geb. in Griefala 1912; 93. Fris Wölfler, geb. in Griefala 1912; 94. Fris Wölfler, geb. in Griefala 1912; 95. Fris Wölfler, geb. in Griefala 1912; 96. Fris Wölfler, geb. in Griefala 1912; 97. Fris Wölfler, geb. in Griefala 1912; 98. Fris Wölfler, geb. in Griefala 1912; 99. Fris Wölfler, geb. in Griefala 1912; 100. Fris Wölfler, geb. in Griefala 1912.

Abreiseneränderungen

Düsseldorf. Vorsitzender: Joseph Sirch, Hereschstraße 17. — (Stenotypenred. und Galvanoplastiker.) Vorsitzender: Heinrich van Booven, Birkenstraße 15 IV.
Hilfenwalde (M.-G.). Vorsitzender: Georg Schülze, Orbißer Weg 15; Kallierer: Paul Gauer, Jägerstraße 2.
Breslau (Ostl.). Vorsitzender: Ludwig Dypnereder, Erdinger Straße 975 I; Kallierer: Fris Jaroch, Goldberg 255/5.
Öppingen. Vertrauensmann und Kallierer: Gustav Arnold, Ochsenstraße 3 II.
Samburg. (Zugleichener Norddeutscher Maschinenmeister.) Vorsitzender: Waldemar Reinhardt, Großneuemarkt 19 III. — (Machinenmeisterverein.) Vorsitzender: Waldemar Reinhardt, Großneuemarkt 19 III; Kallierer: Joseph Corti, Sebelinderhof 57 II (Verbandsbureau).
Nordhausen. Vorsitzender: Fris Kell, Freilichtstraße 11; Kallierer: Alfred Bachhaus, Förstereianlage 11.
Dresden (Ostl.). Vorsitzender: S. Wjochi, Bleichstraße 23; Kallierer: Emil Röhr, Dittrowek 1.

Verjamungskalender

Berlin. Korrekturenhauptversammlung Sonntag, den 25. Januar, abends 7 Uhr, im „Graphischen Vereinshaus“, Alexanderstraße 44.
Breslau. Korrekturen generalversammlung Sonntag, den 25. Januar, vormittags 11 Uhr, im „Goldenen Lachs“, Ursulinerstraße 21.
Dresden. Korrekturen-Jahreshauptversammlung Sonntag, den 25. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Gefelber“, Kaulbachstraße 16.
Offen. Bezirks-Verjamungshauptversammlung Sonntag, den 25. Januar, vormittags 10 Uhr, im Restaurant Schmitz in Offen, Kellinghauser Straße 36.
Borsfelde (Anhalt). Generalversammlung Sonntagabend, den 24. Januar, abends 8 Uhr, im Vereinslokal Paul Richter, Kollbuser Straße.
Oera. Jahreshauptversammlung Mittwoch, den 4. Februar, abends pünktlich 6 Uhr, in der „Norddeutschen Zunft“, Anträge bis 24. Januar an den Vorsitzenden.
Leipzig. Korrekturenhauptversammlung Montag, den 26. Januar, abends 6 1/2 Uhr, in der „Goldenen Eige“, Dresdener Straße 19.